

04.06.2014

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2304 vom 12. Mai 2014
des Abgeordneten Dirk Wedel FDP
Drucksache 16/5848

Abstimmungsverhalten der nordrhein-westfälischen Landesregierung in der 921. Plenarsitzung des Bundesrats

Die Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien hat die Kleine Anfrage 2304 mit Schreiben vom 3. Juni 2014 namens der Landesregierung beantwortet.

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Nach den im Bundesrat geltenden Abstimmungsregeln erfolgt – soweit nicht ausnahmsweise durch Aufruf der Länder abgestimmt wird – bei der Abstimmung ausschließlich die Feststellung, ob eine Mehrheit für die jeweilige Abstimmungsfrage erreicht ist (Handaufheben = dafür). In den Plenarprotokollen des Bundesrats wird dann lediglich festgehalten, ob bei einer Abstimmung die Mehrheit der Stimmen erreicht worden ist.

Eine nachträgliche Information des Landtags über das Abstimmungsverhalten des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundesrat dient einer wirkungsvollen parlamentarischen Kontrolle der Landesregierung. Einschränkungen der Antwortpflicht auf entsprechende Fragen von Abgeordneten ergeben sich insoweit grundsätzlich weder aus der staatlichen Kompetenzverteilung oder der Gewaltenteilung noch aus Geheimhaltungserfordernissen (vgl. Information 16/174, Seiten 19 f.)

Wünschenswert wäre allerdings, wenn sich die Landesregierung diesbezüglich zur proaktiven Herstellung funktionswahrender Transparenz bereit finden würde, indem sie wie beispielsweise die Länder Baden-Württemberg und Berlin nach der Sitzung jeweils zügig veröffentlicht, wie sie im Bundesratsplenum abgestimmt hat, vgl.

<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/landesvertretungen/vertretung-des-landes-beim-bund/service-und-presse/bundesratsinitiativen/>,

<http://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/politik/bundesangelegenheiten/artikel.81785.php>.

Datum des Originals: 03.06.2014/Ausgegeben: 06.06.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Wie hat Nordrhein-Westfalen sich in der 921. Sitzung des Bundesrates vom 11. April 2014 jeweils zu den einzelnen Abstimmungsfragen verhalten?

Das Stimmverhalten des Landes zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der 921. Sitzung des Bundesrates vom 11. April 2014 ist in dem als Anlage beigefügten Bericht festgehalten.

Bericht:

Anlage zur Antwort auf die Kleine Anfrage 2304 des Abgeordneten Dirk Wedel

**Ergebnis der
921. Sitzung des Bundesrates am 11. April 2014 und Abstimmungsverhalten des
Landes Nordrhein-Westfalen**

1. a) Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014) *100/14
100/1/14
100/2/14
100/3/14*

Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung gem. Ziff. 1 bis 3, 5 bis 10 der Drs. 100/1/14 und Drs. 100/2/14 und Drs. 100/3/14.

NRW: Zustimmung zur Stellungnahme gem. Ziff. 1 bis 3, 5 bis 10 der Drs. 100/1/14, Zustimmung zu den Plenaranträgen in Drs. 100/2/14 und Drs. 100/3/14 (Plenarantrag NW)

- b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014 *101/14
101/1/14*

Der Bundesrat hat zu dem Gesetzentwurf keine Stellung genommen.

NRW: Zustimmung zur Stellungnahme gem. Ziff. 1 der Drs. 101/1/14

2. Gesetz zu dem Abkommen vom 8. April 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Östlich des Uruguay über Soziale Sicherheit *108/14*

Der Bundesrat stimmte dem Gesetz zu.

NRW: Zustimmung zum Gesetz

3. Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Steuerstraftaten im Bankenbereich 117/14

Der Bundesrat brachte den Gesetzentwurf erneut beim Deutschen Bundestag ein.

NRW: Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und zur Einbringung

4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes 115/14

Der Bundesrat brachte den Gesetzentwurf erneut beim Deutschen Bundestag ein.

NRW: Keine Unterstützung

5. Entwurf eines Gesetzes zur Harmonisierung der Verzugsfolgen im Wohnungsmietrecht 124/14

Der Bundesrat überwies den Gesetzentwurf in die Ausschüsse (R - Wo).

6. a) Entschließung des Bundesrates "Forderung nach Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten über den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen" 58/14
58/1/14

b) Entschließung des Bundesrates "Schutz der gentechnikfreien Produktion durch Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedstaaten sicherstellen" 104/14
58/1/14

c) Entschließung des Bundesrates "Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft sichern - Handlungsmöglichkeiten der Länder stärken" 105/14
58/1/14

Der Bundesrat fasste die Entschließung nach Maßgabe gemäß Drs. 58/1/14.

NRW: Fassen der Entschließung nach Maßgabe gem. Drs. 58/1/14

7. Entschließung des Bundesrates - Maßnahmen zur Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten 71/14
71/1/14

Der Bundesrat fasste die Entschließung nach Maßgabe gem. Ziff. 2 der Drs. 71/1/14.

NRW: Fassen der Entschließung nach Maßgabe gem. Ziff. 1 und 2 der Drs. 71/1/14

8. a) Entschließung des Bundesrates zur Verschärfung der strafrechtlichen Regelungen zum Kinder- und Jugendschutz 89/14
91/1/14

b) Entschließung des Bundesrates - Maßnahmen zur stärkeren Bekämpfung der Kinderpornografie im Internet und zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Ausbeutung 91/14
91/1/14

Der Bundesrat fasste die Entschließung nach Maßgabe gemäß Drs. 91/1/14.

NRW: Fassen der Entschließung nach Maßgabe gemäß Drs. 91/1/14

9. Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes 81/14
81/1/14

Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung gemäß Ziff. 1 der Drs. 81/1/14.

NRW: keine Einwendungen

10. Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (Direktzahlungen-Durchführungsgesetz - DirektZahlDurchfG) 82/14
82/1/14
82/2/14
82/3/14
82/4/14

Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung gemäß Ziff. 1 und 2, 5, 7, 9c, 10 bis 13 der Drs. 82/1/14.

NRW: Zustimmung zur Stellungnahme gem. Ziff. 2 bis 13 der Drs. 82/1/14

11. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rindfleisch-etikettierungsgesetzes und des Legehennenbetriebs-registergesetzes 83/14
83/1/14
- Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung gemäß Drs. 83/1/14.
- NRW: Zustimmung zur Stellungnahme
12. Entwurf eines Gesetzes zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Ausdehnung der Anwendung der Verordnung (EU) Nr. .../2013 über ein Aktionsprogramm in den Bereichen Austausch, Unterstützung und Ausbildung zum Schutz des Euro gegen Geldfälschung (Programm "Pericles 2020") auf die nicht teilnehmenden Mitgliedstaaten 40/14
- Der Bundesrat erhob gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen.
- NRW: keine Einwendungen
13. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens 102/14
102/1/14
- Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung gem. Ziff. 1 bis 3, 5 und 6 der Drs. 102/1/14.
- NRW: Zustimmung zur Stellungnahme gem. Ziff. 2, 4a, 5 und 6 der Drs. 102/1/14
14. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Sukzessivadoption durch Lebenspartner 103/14
103/1/14
- Der Bundesrat nahm zu dem Gesetzentwurf Stellung gemäß Drs. 103/1/14.
- NRW: Zustimmung zur Stellungnahme
15. Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 2. Dezember 2010 zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten einerseits und Georgien andererseits über den Gemeinsamen Luftverkehrsraum (Vertragsgesetz EU-Georgien-Luftverkehrsabkommen - EU-GEO-LuftverkAbkG) 84/14
- Der Bundesrat erhob gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen.
- NRW: keine Einwendungen

16. Zwanzigster Bericht nach § 35 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes zur Überprüfung der Bedarfssätze, Freibeträge sowie Vomhundertsätze und Höchstbeträge nach § 21 Absatz 2 43/14
- Der Bundesrat nahm von der Vorlage Kenntnis.
- NRW: Kenntnisnahme
17. a) Jahresgutachten 2013/14 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 763/13
51/1/14
- b) Jahreswirtschaftsbericht 2014 der Bundesregierung 51/14
51/1/14
- Der Bundesrat nahm zu den Vorlagen Stellung gemäß Drs. 51/1/14.
- NRW: Stellungnahme gem. Ziff. 1 bis 23 und 25 bis 29 der Drs. 51/1/14
18. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hinsichtlich der Beihilferegulung für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen 31/14
zu 31/14
31/1/14
- Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gem. Ziff. 1 bis 4, 6 bis 21 der Drs. 31/1/14.
- NRW: Zustimmung zur Stellungnahme gem. Ziff. 1 bis 19 und 21 der Drs. 31/1/14
19. Vorschlag für eine Empfehlung des Rates betreffend die europäischen Qualitätsgrundsätze für den Tourismus 68/14
68/1/14
- Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gemäß Drs. 68/1/14.
- NRW: Zustimmung zur Stellungnahme

20. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Meldung und Transparenz von Wertpapierfinanzierungsgeschäften 44/14
zu 44/14
44/1/14

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gem. Ziff. 2 bis 6 der Drs. 44/1/14.

NRW: Zustimmung zur Stellungnahme gem. Ziff. 1 und 3 bis 6 der Drs. 44/1/14

21. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über strukturelle Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten in der Union 45/14
zu 45/14
45/1/14

Der Bundesrat nahm zu der Vorlage Stellung gem. Ziff. 1, 3 bis 19, 21, 22, 24 bis 37, 39, 40 der Drs. 45/1/14.

NRW: Zustimmung zur Stellungnahme gem. Ziff. 1, 3 bis 7, 9, 11, 13 bis 19, 21, 24 bis 37 und 40 der Drs. 45/1/14

22. Erste Verordnung zur Änderung der Fünften Verordnung zur Änderung der Direktzahlungen-Verpflichtungenverordnung 73/14

Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.

NRW: Zustimmung zur Verordnung

23. Erste Verordnung zur Änderung der InVeKoS-Verordnung 74/14

Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.

NRW: Zustimmung zur Verordnung

24. Zehnte Verordnung zur Änderung der Aufenthaltsverordnung 75/14
75/1/14

Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu und fasste die EntschlieÙung gemäß Drs. 75/1/14.

NRW: Zustimmung zur Verordnung und Fassen der EntschlieÙung

25. Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Satzung der Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" 76/14

Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.

NRW: Zustimmung zur Verordnung

26. Dritte Verordnung zur Änderung von Anlagen zum Basler Übereinkommen vom 22. März 1989 79/14

Der Bundesrat stimmte der Verordnung zu.

NRW: Zustimmung zur Verordnung

27. Zehnte Verordnung zur Änderung der Fahrerlaubnis-Verordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften 78/14
78/1/14

Der Bundesrat stimmte der Verordnung nach Maßgabe gemäß Drs. 78/1/14 zu und fasste die Entschließung.

NRW: Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe und Fassen der Entschließung gem. Drs. 78/1/14

28. Vorschlag für die Berufung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Bundesagentur für Arbeit 110/14

Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.

NRW: Zustimmung zur Berufung

29. a) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für den "Schengen-Ausschuss" der Kommission 87/14
87/1/14

Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.

NRW: Zustimmung zur Benennung

- b) Benennung von Beauftragten des Bundesrates in Beratungsgremien der Europäischen Union für die Expertengruppe "Glücksspiel" der Kommission 88/14
88/1/14

Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.

NRW: Zustimmung zur Benennung

30. Personelle Veränderung im Beirat für Ausbildungsförderung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung 56/14

Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.

NRW: Zustimmung zur Benennung

31. Benennung eines Mitglieds des Kuratoriums der Stiftung "Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland" 97/14

Der Bundesrat beschloss vorschlagsgemäß.

NRW: Zustimmung zur Benennung

32. Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht 106/14

Der Bundesrat sah von einer Äußerung und einem Beitritt ab.

NRW: Absehen von Äußerung und Beitritt

33. Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über den Bundesfreiwilligendienst um Regelungen des Freiwilligendienstes aller Generationen 133/14

Der Bundesrat brachte den Gesetzentwurf erneut beim Deutschen Bundestag ein.

NRW: Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und Einbringung

34. Entwurf eines Gesetzes über den Beruf des Operationstechnischen Assistenten und zur Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes 126/14
- Der Bundesrat brachte den Gesetzentwurf erneut beim Deutschen Bundestag ein.
- NRW: Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und Einbringung
35. Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuchs - Verbesserter Schutz von Kindern bei Nacktaufnahmen 127/14
- Der Bundesrat überwies den Gesetzentwurf in die Ausschüsse (R - FJ - In).
36. Entschließung des Bundesrates zur Bund-Länder-Kooperation in Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof 128/14
128/1/14
- Der Bundesrat fasste die Entschließung gemäß Drs. 128/1/14.
- NRW: Zustimmung zur sofortigen Sachentscheidung und Fassen der Entschließung gem. Plenarantrag NW in Drs. 128/1/14
37. Entschließung des Bundesrates "Umsetzung der Energiewende - Verbesserung der Energieeffizienz" 132/14
- Der Bundesrat überwies die Entschließung in die Ausschüsse (Wi - Fz - U - Wo).
38. Nationales Reformprogramm 2014 138/14
- Der Bundesrat nahm von der Vorlage Kenntnis.
- NRW: Kenntnisnahme

39. a) Wahl der Mitglieder der "Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe" gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und 2, Satz 3 des Standortauswahlgesetzes gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 und 2, Satz 3 des Standortauswahlgesetzes 143/14

Der Bundesrat stimmte der Vorlage in Drs. 143/14 einstimmig zu.

NRW: Zustimmung zur Benennung gem. 16-Länder-Antrag

- b) Wahl der Mitglieder der "Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe" gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3, Satz 4 und 5 des Standortauswahlgesetzes gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3, Satz 4 und 5 des Standortauswahlgesetzes 144/14

Der Bundesrat stimmte der Vorlage in Drs. 144/14 einstimmig zu.

NRW: Zustimmung zur Benennung gem. 16-Länder-Antrag